

Schule, Polizei und TTIP

Alle Fraktionen haben sich in der letzten Woche zu Klausuren getroffen, um ihre Grundlinien für die kommenden Haushaltsberatungen im Stuttgarter Landtag abzustecken.

An dieser Stelle habe ich mehrfach davon berichtet, dass die vom Ministerpräsidenten angekündigte Streichung von 11600 Lehrerstellen bis zum Jahr 2020 aufgrund stark zurückgehender Schülerzahlen nicht vom Parlament beschlossen ist und eine gute Unterrichtsversorgung an allen unseren Schulen eine der wichtigsten Aufgaben im Land ist.

Ich freue mich, dass diese in der SPD-Fraktion wiederholt angemahnte Position bei Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) und Finanzminister Dr. Nils Schmid (SPD) Gehör gefunden hat. Das Gros der Stellen von in Pension gehenden Lehrerinnen und Lehrern wird in den kommenden Jahren wieder besetzt werden. Dies ermöglicht neben einer guten Unterrichtsversorgung auch den Ausbau von Ganztagschulangeboten.

Bei der Ganztagschule für Grundschulen gibt es flexible Modelle (Teilnahme für alle Schüler oder nur für diejenigen, die

das möchten; drei oder vier Nachmittage mit sieben oder acht Zeitstunden).

Immer wieder werde ich auf die Polizeireform angesprochen. Klar ist: Jede Zentralisierung hat ihren Preis und nicht nur Vorteile. Ich bin aber oft überrascht, dass der Abbau von rund 1000 Stellen bei der Polizei durch die alte Landesregierung und die Schließung von Polizeiposten, etwa in Oppenweiler oder in Berglen, schon vergessen sind. Bayern hat mit der Polizeireform Stellen abgebaut und die Präsidien sind in der Fläche etwa doppelt so groß wie die in Baden-Württemberg. Ich bin froh, dass die grün-rote Landesregierung gehalten hat und durch die Zentralisierung der Präsidien den Polizeirevieren zwei zusätzliche Stellen zugewiesen werden konnten.

Bei einem Besuch im Backnanger Revier habe ich mich auch persönlich davon überzeugt, dass diese Ankündigung in die Tat umgesetzt wurde.

Die Verhandlungen der EU mit den USA zum Freihandelsabkommen TTIP werden kontrovers diskutiert. Die SPD-Europaabgeordnete Evelyn Gebhardt hat im Frühjahr in Murrhardt hierzu klar Position bezogen: Auf Basis des derzeitigen Diskussions- und Verhandlungsstands könnte sie einem Abkommen im EU-Parlament nicht zustimmen. Es gibt die vernünftige Zielsetzung, dass Ausfuhrzölle in Höhe von vier Prozent abgebaut werden und technische Standards und Messverfahren harmonisiert werden sollen. Andererseits gibt es das Risiko, dass wichtige deutsche Regeln,

etwa zum Mindestlohn oder bei der Qualität und Gentechnikfreiheit der Nahrungsmittel, unterlaufen werden. Sorgen bereitet auch die Diskussion von internationalen Schiedsgerichtsverfahren zum Investorenschutz. Wir brauchen keine Gerichte, die bei uns geltende Rechte und Regeln aushebeln!

Ich habe dem SPD-Bundesvorsitzenden Sigmar Gabriel über die Sorgen der Menschen berichtet und ihn gebeten, entsprechend Einfluss zu nehmen.

Die Bundes-SPD hat jetzt beschlossen: „Ein Freihandelsabkommen darf nicht dazu führen, dass europäische Standards – etwa im Arbeits- und Umweltrecht, beim Daten- oder Verbraucherschutz – infrage gestellt oder Investoren vor internationalen Schiedsstellen rechtsstaatliche Standards und demokratische politische Regelungen (...) aushebeln können.“

Grüne und Sozialdemokraten haben sich im Mai dieses Jahres im Landtag in einem gemeinsamen Antrag ebenfalls in diesem Sinne positioniert.

... der
SPD-Landtags-
abgeordnete
Gernot Gruber

